

Beschluss des Landrats vom 30.10.2025

Nr. 1392

27. Abgleichung Unfallorte mit Radarstandorten

2025/48; Protokoll: pw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage dessen Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Nicole Roth (SVP) ist mit der Begründung des Regierungsrats und der Abschreibung nicht einverstanden. Auf der Webseite unfalldaten.ch kann sie zwar sehen, wo sich die Unfälle ereignet haben, wie schwer sie sind etc., aber sie weiss nicht, wo es blitzt. Sie kann die Intransparenz weiterhin nicht nachvollziehen. Denn Transparenz bringt mehr Sicherheit. Ist bekannt, wo ein Radar steht, wird aufgepasst, weil bekannt ist, dass eine Gefahr besteht. Ein grosser Teil derjenigen, die auf der Strasse unterwegs sind, hat nicht für jeden Radar gleich viel Verständnis. Wie im Vorstoss steht, ist das Postulat die Konsequenz aus einer zuvor eingereichten Interpellation zum Thema, so wie es eigentlich der politische Weg ist. Nicole Roth gibt sich nicht zufrieden, solange der Regierungsrat sagt, dass jeder Radar für die Verkehrssicherheit gut sei. Die SVP-Fraktion will das Postulat überweisen, will es aber bestimmt nicht abschreiben, weil das Postulat schlicht und einfach nicht beantwortet ist. Nicole Roth möchte sehen, wo es Unfälle gibt und wo Radaranlagen platziert werden. Sie hofft auf Unterstützung.

Tobias Beck (EVP) sagt, die Einhaltung der Tempolimits sollte überall im Kanton überprüft werden dürfen. Die kinetische Energie steigt nämlich im Quadrat mit der Geschwindigkeit und hat somit einen starken Einfluss. Darum ist die Einhaltung der Tempolimits äusserst wichtig. An gefährlichen Stellen gilt dies natürlich insbesondere, aber es kann auch gefährliche Orte geben, an denen noch keine schlimmen Unfälle passiert sind. Deshalb sollte man die Geschwindigkeitskontrollen nicht einschränken. Die Grüne/EVP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrats zufrieden. Da die Abschreibung aber bestritten ist, wird die Grüne/EVP-Fraktion auch die Überweisung ablehnen.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) sagt, gemäss Statistik zu den Unfalldaten habe sich fast an jeder Stelle in der Schweiz oder im Kanton schon irgendeine Art von Unfall ereignet. Deshalb ist die Antwort des Regierungsrats für die Mitte-Fraktion plausibel, Geschwindigkeitskontrollen nicht nur an Unfallschwerpunkten, sondern auch präventiv an möglichen Gefahrenpunkten durchzuführen. Die Forderung der Postulantin, die Erträge an den Messorten aufzuzeigen, hört sich vielleicht interessant an, ist aber für einen Grossteil der Mitte-Fraktion eine klare Ressourcenverschwendung. Es wird kein wirklicher Mehrwert gesehen. Das Beste ist, man hält sich an die Geschwindigkeitsbegrenzungen, soweit sie gut signalisiert sind, und dann erhält man auch keine Busse.

Rolf Blatter (FDP) verweist auf den Titel des Postulats: Abgleichung von Unfallstandorten mit Radarstandorten. Dies wurde nicht gemacht. Natürlich ist die Geschwindigkeit relevant für die Schwere eines Unfalls. Jeden Tag gibt es 10 Unfälle, das sind 3'500 pro Jahr, davon führen 500 Unfälle auch zu Personenschäden. Diese Unfälle können auf einer Karte eingesehen werden. Im Postulat versteckt sich auch die Frage, ob es Radarmessungen gibt, die mit der Unfallthematik nichts zu tun haben, sondern einfach «Abzocke» sind. Zum Beispiel wenn man von Oberwil auf einem geraden Stück Strasse, die eine halbe Autobahn ist, nach Biel-Benken fährt – oder auf der breiten Strasse geradeaus von Frenkendorf zur Hülftenschanze, wo es keine Unfälle gibt. Oder auch auf

der Autobahn bei der Einfahrt in den Schänzlitunnel, wo fast alle zwei Monate rechts in der Bucht ein Radar steht. Auch dort hat Rolf Blatter noch keinen einzigen Unfall gesehen. Es geht darum aufzuzeigen, dass es auch Radarmessungen gibt, die mit der Verkehrssicherheit nichts zu tun haben und somit nicht im Sinne des Erfinders sind. Das Postulat ist also nicht beantwortet, solange es keine Karte gibt, auf der die Unfallstandorte und die Messstandorte gleichzeitig ersichtlich sind. Die FDP-Fraktion ist für Überweisen und Stehenlassen.

Andreas Bammatter (SP) stellt fest, es zeige sich einmal mehr, dass das Thema Geschwindigkeit je nach Einstellung zum Auto, zur Sicherheit und zur Regulation unterschiedlich gehandhabt werde. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind keine Erfindung, um die Leute zu schikanieren. Geschwindigkeitsbegrenzungen haben einen Sinn: entweder um den Verkehr zu verflüssigen oder um Unfallmöglichkeiten zu entschärfen. Es ist verständlich, dass das Thema Radar mit verschiedenen Vorstössen bewirtschaftet wird. Aber es bleibt dabei: Wenn man sich an die Geschwindigkeitsvorgabe hält, passiert einem nicht, ansonsten besteht das Risiko, eine Busse zu erhalten oder sogar einen Unfall zu verursachen. Die SP-Fraktion wollte eigentlich überweisen und abschreiben. Da aber die Abschreibung bestritten ist, wird auch der Überweisung nicht zugestimmt. Es ergibt keinen Sinn, noch weiter zu prüfen.

Yves Krebs (GLP) macht es kurz: Die GLP-Fraktion ist für die Überweisung mit gleichzeitiger Abschreibung. Ein Stehenlassen würde zu keinem grossen Mehrwert führen. Er empfiehlt ausserdem, mit Tempomat oder einem Begrenzer zu fahren.

Urs Kaufmann (SP) ist überrascht über die Haltung, die hinter den verlangten Antworten steht. Muss immer zuerst ein Unfall passieren, bevor irgendwo eine Radarkontrolle gemacht werden kann? Diese Haltung ist extrem menschenverachtend und entspricht überhaupt nicht der Einstellung von Urs Kaufmann.

Peter Hartmann (Grüne) verweist auf die geo.admin.ch-Seite des Bundes, wo die Unfallschwerpunkte abgerufen werden können. Auf der von Rolf Blatter erwähnten Strasse von Frenkendorf Richtung Hülftten hat sich exakt beim Hülftendenkmal im Juli 2022 ein Schleuder- oder Selbstunfall mit Leichtverletzten ereignet. Etwas weiter vorne gab es im Juli 2023 einen Schleuder- oder Selbstunfall mit Schwerverletzten. Dies unterstützt, was Béatrix von Sury d'Aspremont sagte: Unfälle können überall passieren – und sie passieren auch überall, selbst auf dieser Strecke, die in der Wahrnehmung von Rolf Blatter ungefährlich ist.

Jacqueline Bader (FDP) sagt an die Adresse von Urs Kaufmann, dass «menschenverachtend» ein relativ starkes Wort sei. In der Tempo-30-Zone auf dem Dreispitz sind die Velos, die E-Bikes und die E-Trottis alle schneller als die Autos. Wenn schon, dann sollten sie auch kontrolliert werden. Es sollte nicht nur die eine Gruppe abgezockt werden – und die andere fährt mit erhöhter Geschwindigkeit einfach weiter, nur weil sie kein grosses Nummernschild hat und so nicht erkennbar ist. Es wird nicht mit gleichen Ellen gemessen.

Peter Riebli (SVP) fand das «menschenverachtend» von Urs Kaufmann auch etwas hart. Er geht jedoch mit ihm einig, dass der Kanton überall und jederzeit Geschwindigkeitsmessungen machen können soll. Aber: Dann soll der Kanton hinstehen und sagen, dass er wann und wo es ihm passt Geschwindigkeitskontrollen macht – und wer zu schnell fährt, wird bestraft. Dies hat mit Unfallschwerpunkten aber nichts zu tun. Bis jetzt ist aber die Kommunikation, dass vorwiegend dort Radarkontrollen erfolgen, wo Unfallschwerpunkte sind. Solange so kommuniziert wird, kann auch verlangt werden, dass dies bewiesen wird.

://: Mit 42:38 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen und mit 50:30 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.
